

## **Antrag A9**

**Antragssteller\*in:** Bezirksverband DIE LINKE. Neukölln (Beschluss der Mitgliederversammlung vom 26. Februar 2024)

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Stoppt den Krieg und den Völkermord in Gaza.**

2 **Humanitäre Hilfe statt Waffenlieferungen.**

3 **Gleiche Rechte für alle Menschen in Israel und Palästina.**

4 Der Krieg in Gaza hat die Lebensgrundlage von zwei Millionen Menschen zerstört. Mittlerweile sind  
5 mehr als 30.000 Palästinenser:innen getötet und Unzählige verletzt worden. Hunderttausende sind  
6 nicht nur vertrieben worden, sondern haben ihre Wohnung oder ihr Haus verloren und leben in  
7 existentieller Unsicherheit in Notunterkünften oder unter freiem Himmel. Die massiven  
8 Bombardierungen haben einen Großteil des Gazastreifens für Jahrzehnte unbewohnbar gemacht. Wir  
9 sind Augenzeugen unfassbaren Leids. Tausende Menschen wurden und werden brutal aus dem Leben  
10 gerissen. Die Ankündigung Rafah militärisch zu erobern, verschärft nicht nur die humanitäre  
11 Katastrophe, sondern bedeutet den sicheren Tod tausender weiterer Menschen. Es braucht  
12 unverzüglich einen

13 Waffenstillstand, um das Töten zu beenden. Die Geiseln und politischen Gefangenen müssen sofort  
14 freigelassen werden.

15 Wir verurteilen die entsetzlichen Attacken der islamistischen Hamas auf Israel. Angriffe auf  
16 Zivilist:innen, ihre Ermordung und Entführung, Vergewaltigungen und Folter, sind durch nichts zu  
17 rechtfertigen. Die Verbrechen der Hamas entbinden die israelische Regierung nicht von ihrer  
18 völkerrechtlichen Verantwortung. Die israelischen Bombardements, denen Zivilist:innen in Gaza  
19 schutzlos und ohne Möglichkeit zur Flucht ausgeliefert sind, die Bombardierung ziviler Einrichtungen  
20 und das Vorenthalten humanitärer Güter für die Zivilbevölkerung sowie die nahezu vollständige  
21 Abriegelung (Strom, Wasser, Lebensmittel) des Gazastreifens nimmt die gesamte Bevölkerung in  
22 Geiselhaft und stellen Kriegsverbrechen dar.

23 Südafrika wirft der israelischen Regierung Völkermord an den Palästinenser:innen in Gaza vor und hat  
24 begrüßenswerterweise Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag eingereicht. In  
25 seinem Urteil ordnete der IGH sechs vorläufige Maßnahmen an. Dazu zählt die Verpflichtung Israels,  
26 Handlungen im Sinne der Völkermordkonvention zu unterlassen, die direkte und öffentliche  
27 Aufstachelung zum Völkermord zu verhindern und zu bestrafen sowie sofortige und wirksame  
28 Maßnahmen zu ergreifen, um die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza zu  
29 gewährleisten. Das Gericht wies Israel außerdem an, Beweise für Völkermord zu sichern und dem  
30 Gericht innerhalb eines Monats einen Bericht über alle Maßnahmen vorzulegen, die es in  
31 Übereinstimmung mit seiner Anordnung ergriffen hat. Die israelische Regierung muss der  
32 Entscheidung des IGH unverzüglich nachkommen.

33 Auch in der Westbank und in Israel greifen extremistische Siedler:innen und israelische Streitkräfte  
34 verstärkt Palästinenser:innen an. Die extrem rechten Parteien in Israel, die die von Benjamin  
35 Netanjahu Ende 2022 gebildete Regierung dominieren, nutzen die aktuelle Situation, um ihren Plan für

36 ein Groß-Israel umzusetzen, das das Westjordanland und den Gazastreifen, also das gesamte britische  
37 Mandatsgebiet Palästina, umfasst.

38 Das Leid der israelischen Bevölkerung bei den Anschlägen des 7. Oktober wird von der deutschen  
39 Politik genutzt, um bedingungslose Solidarität mit Israel einzufordern. Kritik an der israelischen

40 Regierung wird als antisemitisch diffamiert. Stimmen, allen voran die von Palästinenser:innen und  
41 Jüd:innen und Israelis, die sich gemeinsam für Frieden aussprechen, werden unterdrückt. Die deutsche  
42 Regierung hat sich die von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), der  
43 Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken, verabschiedete internationale Arbeitsdefinition von  
44 Antisemitismus zu eigen gemacht und versteht den Staat Israel als jüdisches Kollektiv. Damit macht sie  
45 jegliche Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung nahezu unmöglich.

46 Weltweit haben antisemitische Angriffe zugenommen, auch in Deutschland und in Berlin. Es ist eine  
47 Schande, dass sich Jüd:innen in Deutschland nicht sicher fühlen. Gleichzeitig erleben wir aktuell eine  
48 äußerst problematische Verschiebung des Diskurses. So wird Antisemitismus überwiegend Menschen  
49 mit Migrationsgeschichte oder Menschen muslimischen Glaubens zugeschrieben. Dadurch werden  
50 bestehende antimuslimische Ressentiments verstärkt und Muslim:innen unter Generalverdacht  
51 gestellt. Das macht sich in einer Zunahme antimuslimischer Gewalttaten bemerkbar. Antisemitismus  
52 in Deutschland geht quer durch alle Gesellschaftsschichten und ist kein neues Phänomen. Er ist auch  
53 nicht eingewandert. Die Mehrheit antisemitischer Gewalttaten geht vom rechten Spektrum aus.

54 Wir stellen uns dem erneuten Versuch aus Politik und Medien entgegen, nicht-weiße Menschen in  
55 Berlin zu stigmatisieren und sie einer rassistischen Hetzkampagne auszusetzen. Ob in Israel und  
56 Palästina, in Deutschland oder anderswo: Der Schutz jüdischen Lebens und gleiche Rechte für Israelis  
57 und Palästinenser:innen müssen zusammengedacht werden. Wir werden nicht nachlassen im Kampf  
58 gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede andere Form von Rassismus. Wir werden  
59 uns weiterhin einsetzen für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben aller Berliner:innen, ob  
60 aus Palästina, Israel oder einer anderen Gegend der Welt, ob gläubig oder nicht. Für ein friedliches  
61 Zusammenleben aller Menschen in einem solidarischen Berlin! Wir stehen solidarisch an der Seite all  
62 jener demokratischen Kräfte, die sich für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen und auf eine  
63 Zukunft hinwirken, in der alle Menschen in dieser Region in Frieden, Würde und Sicherheit  
64 zusammenleben können. Als linke Partei in Deutschland sind wir solidarisch mit Aktivist:innen in Israel  
65 und Palästina, die für Frieden, eine Befreiung der Geiseln und für ein Ende der Besatzung kämpfen.

- 66
- 67 • Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei der israelischen Regierung für einen sofortigen und  
dauerhaften Waffenstillstand und für eine sofortige Aufhebung der Blockade einzusetzen.
  - 68 • Wir verlangen von der Bundesregierung, die israelische Regierung aufzufordern, dem Urteil des  
69 IGH sofort und umfassend Folge zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für den  
70 Zugang von Untersuchungskommissionen, Menschenrechtsorganisationen, medizinischem  
71 Personal und Journalist:innen ins Kriegsgebiet Gaza sowie deren Schutz einzusetzen.
  - 72 • Wir kritisieren den Beschluss der Bundesregierung, die Finanzierung des UNRWA, des Hilfswerks  
73 der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, einzustellen, scharf. Damit  
74 macht sie sich mitschuldig an der humanitären Katastrophe und dem Tod zehntausender  
75 Menschen. Die humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung mit ausreichend Medikamenten,  
76 Nahrungsmitteln, Wasser und anderen lebenswichtigen Ressourcen muss ermöglicht werden.
  - 77 • Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für diplomatische Verhandlungen und die Freilassung  
78 aller von der Hamas gefangen genommenen Geiseln und der politischen Gefangenen in Israel  
79 einzusetzen.

- 80 • Wir fordern die Bundesregierung auf, keine Waffen nach Israel zu exportieren und sich für eine  
81 internationale strafrechtliche Verfolgung aller Kriegsverbrechen einzusetzen.
- 82 • Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei der israelischen Regierung für ein Ende der  
83 Besatzung und des Siedlungsbaus einzusetzen.
- 84 • Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung der Palästina-Solidarität und der daraus resultierenden  
85 massiven Grundrechtseinschränkungen. DIE LINKE. Berlin stellt sich auch weiterhin dem Versuch  
86 aus Politik und Medien entgegen, Menschen mit Migrationsgeschichte in Neukölln zu  
87 stigmatisieren und sie einer rassistischen Hetzkampagne auszusetzen.
- 88 • Wir fordern DIE LINKE auf, sich diesen Beschluss zu eigen zu machen und entsprechend öffentlich  
89 zu handeln.
- 90 • Wir ermutigen all unsere Mitglieder und Unterstützer:innen, sich an den Kundgebungen und  
91 Demonstrationen für einen sofortigen Waffenstillstand und ein Ende von Vertreibung, Besatzung  
92 und Siedlungsbau in Gaza und dem Westjordanland zu beteiligen und dafür zu mobilisieren.